

Niederschrift

BaMo/003/2021

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bau- und
Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine
am 06.05.2021

Die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Großen Saal der Stadthalle Rheine.

Anwesend als

Vorsitzender:

| | | |
|------------------------|-----|---------------------------|
| Herr Karl-Heinz Brauer | SPD | Ratsmitglied/Vorsitzender |
|------------------------|-----|---------------------------|

Mitglieder:

| | | |
|-----------------------------|-----------------------|--------------------------------------|
| Frau Marlen Achterkamp | CDU | Ratsmitglied |
| Herr Martin Beckmann | CDU | Ratsmitglied |
| Frau Renate Essmann | CDU | Sachkundige Bürgerin |
| Herr Stephan Huesmann | FDP | Sachkundiger Bürger |
| Herr Heiko Isfort | CDU | Sachkundiger Bürger |
| Herr Christian Jansen | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender |
| Herr Bernhard Kleene | SPD | Ratsmitglied |
| Herr Dr. Manfred Konietzko | CDU | Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender |
| Herr Ulrich Moritzer | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ratsmitglied |
| Herr Engelbert Nagelschmidt | CDU | Sachkundiger Bürger |
| Frau Claudia Reinke | CDU | Ratsmitglied |
| Herr André Schaper | SPD | Ratsmitglied |
| Herr Heiko Schomaker | UWG | Sachkundiger Bürger |
| Herr Claus Schröder | BfR | Sachkundiger Bürger |
| Herr Thomas Schürmann | DIE LINKE | Sachkundiger Bürger |
| Frau Anna-Lena Storm | SPD | Sachkundige Bürgerin |
| Herr Markus Tappe | CDU | Ratsmitglied |
| Frau Annelie Wellmann | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Sachkundige Bürgerin |

Vertreter:

| | | |
|--------------------------|-----|--|
| Frau Melanie Ehrhardt | CDU | Vertretung für Frau Helena Willers |
| Herr Christian Heeke | CDU | Vertretung für Herrn Thomas Oechtering |
| Herr Franz-Josef Hesping | | Vertretung für Herrn Werner Bela |

Verwaltung:

| | | |
|-----------------------------|--|--|
| Frau Milena Schauer | | Beigeordnete |
| Frau Elke Jaske | | Fachbereichsleiterin Planen und Bauen |
| Herr Dr. Jochen Vennekötter | | Betriebsleiter TBR |
| Frau Claudia Kurzinsky | | Produktverantwortliche Hochbau |
| Frau Karina Groß de Wente | | Produktverantwortliche Vermessung und Vorsitzende des Gutachterausschusses |
| Herr Thomas Roling | | Produktverantwortlicher Mobilitäts- und Verkehrsplanung |
| Frau Andrea Mischok | | Schriftführerin |

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

| | | |
|------------------------|-----|---------------------|
| Herr Thomas Oechtering | CDU | Sachkundiger Bürger |
| Frau Helena Willers | CDU | Ratsmitglied |

beratende Sachkundige Einwohner:

| | | |
|---------------------|--|---|
| Herr Werner Bela | | Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat |
| Herr Ahmad Hammudeh | | Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat |
| Herr Claus Meier | | Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung |

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Herr Brauer die Verpflichtung von Frau Anna-Lena Storm vor.

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Herr Schürmann erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE den Antrag zum TOP 9 – Verbesserung und Förderung des Radverkehrs in der Stadt Rheine – zurückziehe.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung am 25.03.2021

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

2. Informationen der Verwaltung

Frau Schauer wirbt für das alljährliche Stadtradeln, wobei sie sich freuen würde, wenn sich auch die Mitglieder des Bau- und Mobilitätsausschusses miteinbringen würden.

Zum Sachstand Bernburgplatz erklärt Frau Schauer, dass man eine Bürgerbeteiligung noch nicht durchgeführt habe, da man noch Hoffnungen auf eine normale Durchführung gehabt habe. Da Fristen für die Aufnahme in das Förderprogramm eingehalten werden müssen, werde die Bürgerbeteiligung somit in digitaler Form kurzfristig durchgeführt werden. Man habe gute Erfahrungen mit den Formaten gemacht, wobei auch ältere Mitbürger/-innen gut mit einbezogen werden können. Frau Schauer weist darauf hin, dass die Bürgerbeteiligung für den Bernburgplatz am 22.06.2021 beginnen werde.

2.1. Beleuchtung Triangel-Radweg

Herr Roling erläutert nachfolgende Information zum Triangel-Radweg.

Im Nachgang möchte Herr Nagelschmidt wissen, wann die Brücke über der B 70 gebaut werde.

Herr Roling erklärt, dass die Brücke ein Baustein des Radweges sei und zurzeit das Leitbildverzeichnis vorbereitet werde. Es sei geplant dieses dann im Mai 2021 auszuschreiben.



Information

für den Bau- und Mobilitätsausschuss am 06.05.2021

Solarbeleuchtung im Rahmen des interkommunalen
Radverkehrsprojektes „Triangel“

Im Bau- und Mobilitätsausschuss vom 25.03.2021 wurde das Straßen- und Wegekonzept für den Abschnitt Straßenbeleuchtung (Vorlage 122/21) beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde unter Punkt 4) des Konzeptes auch auf das Interesse der Stadt Rheine an neuen Lösungen für Beleuchtungssituationen eingegangen. Eine der Möglichkeiten ist die Nutzung von bedarfsabhängigen und/ oder solarbetriebenen Leuchten.

Im Rat am 09.07.2019 wurde auf Empfehlung des Bauausschusses (27.06.2019) einstimmig folgender Beschluss zum Projekt Triangel gefasst (Vorlage 243/19):
Der Rat der Stadt Rheine folgt der Empfehlung des Bauausschusses, beschließt die Teilnahme an dem interkommunalen Radverkehrsprojekt „Triangel“ und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen nach Erhalt des Förderbescheides.

Im Rahmen dieses Projektes setzen der Projektträger Kreis Steinfurt und die Stadt Rheine für den Abschnitt Rheine des Triangel-Radweges auf eine umweltfreundliche solarbetriebene LED-Beleuchtung, so dass keine Kabelverlegungsarbeiten notwendig werden, und der Strom direkt vor Ort in den einzelnen Leuchten produziert und verbraucht wird.

Derzeit wird die Ausschreibung mit den weiteren beteiligten Kommunen und dem Kreis Steinfurt abgestimmt, um eine gemeinsame Ausschreibung auf den Markt zu bringen.
Eine Veröffentlichung der Ausschreibung ist für den Mai/ Juni dieses Jahres vorgesehen.

In Rheine teilt sich die zu beleuchtende Strecke mit einer Länge von insgesamt etwa 2,6 km (zwischen der neuen Radwegbrücke über die B70 und Lindenstraße) in drei Abschnitte. Der Großteil der Strecke soll bedarfsabhängig gesteuert werden. Lediglich ein etwa 400 m langes Teilstück zwischen Hünenborgstraße und Oberstraße soll mit einer zeitabhängigen Steuerung versehen werden, um den in diesem Abschnitt vergleichsweise unmittelbar betroffenen Anliegern die häufigen Ein- und Ausschaltvorgänge mit dem Wechseln von Licht und Dunkelheit im Grenzbereich zu den Freizeitbereichen ihrer Grundstücke zu ersparen. In den anderen Bereichen sind aufgrund hohen Bewuchses und/ oder räumlichen Abstand keine Anlieger unmittelbar betroffen.

Auch für die Einstiegsstrecken in den neu zu beleuchtenden Abschnitt ist zur Sicherstellung der ausreichenden Beleuchtung eine zeitgesteuerte Beleuchtung geplant, da die Bewegungsmelder, die als Voraussetzung für die bedarfsabhängige Steuerung erforderlich sind, von solarbetriebenen Leuchten einen kleineren Erfassungsradius (maximal 10 bis 12 m) haben als die netzgebundenen Alternativen (bis zu 25 m). Ohne den zeitgesteuerten Einstieg bestünde demnach die Gefahr, dass ein Radfahrer die Bewegungsmelder der ersten Leuchten zwar aktiviert, diese aber aufgrund der hohen Geschwindigkeit eines Radfahrers erst hochdimmt, wenn der Radfahrer diese schon passiert hat. Diese Problematik kommt im weiteren Verlauf der Strecke aufgrund der Vernetzung der Leuchten untereinander nicht mehr zum Tragen.

Eine Umprogrammierung der Steuerung soll gemäß Ausschreibung jederzeit möglich sein, so dass die aktuellen Festlegungen lediglich als Richtwerte gesehen werden sollten, die in Abhängigkeit von den dann im Betrieb gemachten Erfahrungen modifiziert werden können.

Im Auftrag

Meyer-Osten

2.2. Radwegesanierung

Herr Roling stellt nachfolgende Information vor.



Information

für den Bau- und Mobilitätsausschuss am 06.05.2021

„Radwegesanierung für 2021“

Aus den Unterhaltungsmitteln „Kleine Radwegemaßnahmen“ werden die Technischen Betriebe Rheine in diesem Jahr 2 Radwegeabschnitte mit einer neuen Asphaltdecke versehen.

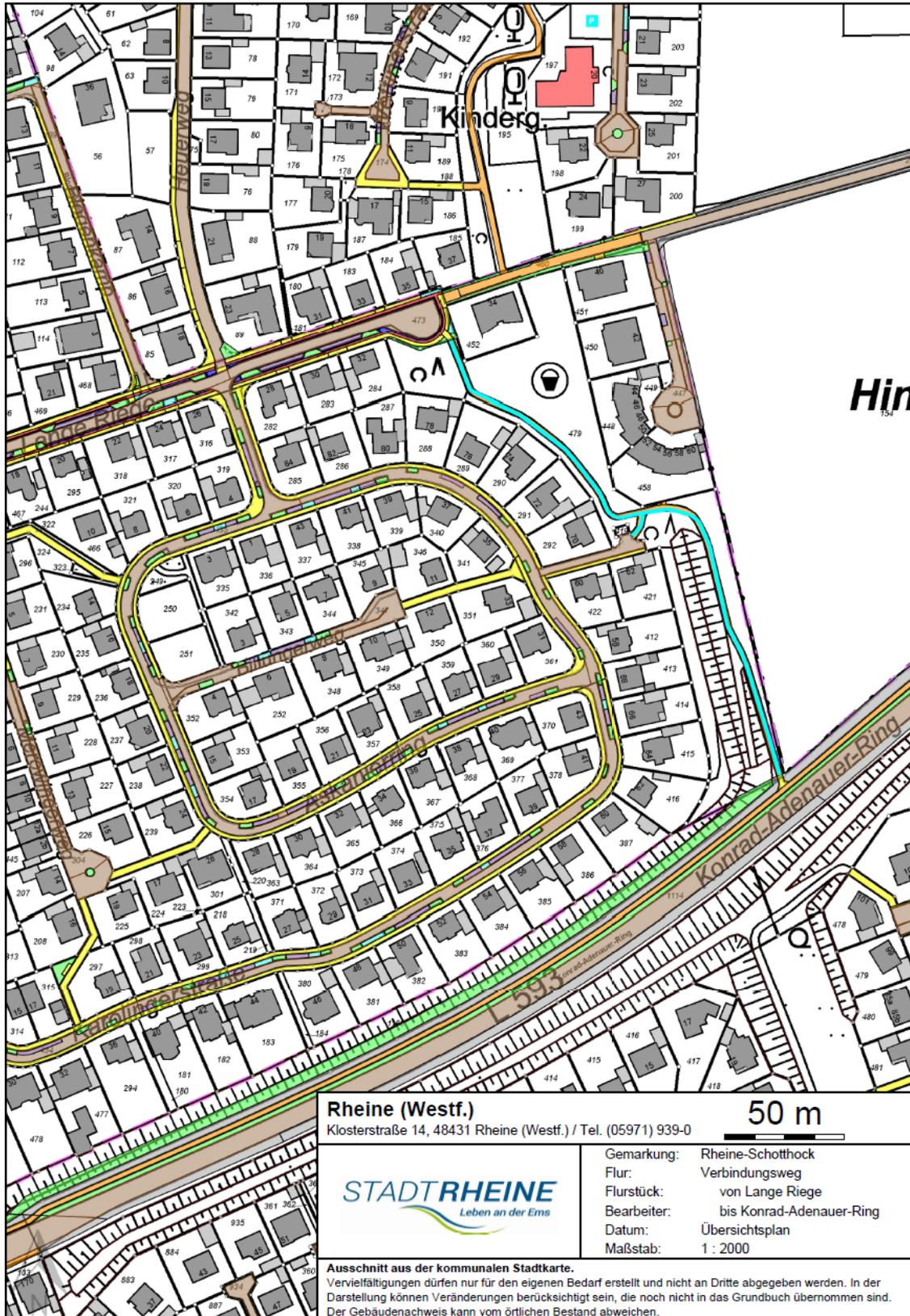
Dies sind:

- Verbindungsweg von Kanalstraße bis DEK
- Verbindungsweg von Lange Riege bis Konrad-Adenauer-Ring

Im Auftrag

Roling





Herr Nagelschmidt fragt zum Fußweg Lange Riege – Konrad-Adenauer-Ring, ob es einen neuen Sachstand bezüglich einer Brücke über den Konrad-Adenauer-Ring, die im Masterplan Grün vorgesehen sei, gebe.

Frau Schauer erklärt, dass dies ein Teil des Radverkehrskonzeptes und des Masterplans Grün sei. Diese Maßnahme müsse im Rahmen der Prioritätenliste besprochen werden, da es ein Großprojekt in Millionen-Höhe sei. Man habe dies absichtlich nicht sofort mit berücksichtigt, da man erst Kapazitäten für mehrere kleine Maßnahmen freihaben wolle. Durch die Verknüpfung des Radverkehrskonzeptes mit dem Masterplan Grün können personellen Kapazitäten aus der Verkehrsplanung mit in Anspruch genommen werden. Sie weist darauf hin, dass die Maßnahme im Jahresplan noch nicht enthalten sei.

2.3. Informationen der Straßenverkehrsbehörde

Frau Schauer weist darauf hin, dass Herr Elbers heute an der Sitzung nicht teilnehmen könne. Der Fachbereichsleiter für Recht und Ordnung habe ihr mitgeteilt, dass es keine Informationen von der Straßenverkehrsbehörde gebe. Anfragen und Anregungen werde sie entsprechend weiterleiten.

Herr Dr. Konietzko berichtet im Rahmen des Tagesordnungspunktes zum Ortstermin an der Bonifatiusstraße.

Herr Brauer weist ausdrücklich darauf hin, dass nicht die Mitglieder des Stadtteilbeirates zur Aktion an der Bonifatiusstraße aufgerufen haben, sondern dies von anderen Personen initiiert worden sei. Dies sei auch in der Zeitung falsch dargestellt worden. Ihm sei wichtig, dies an dieser Stelle noch einmal öffentlich richtigzustellen. Weiter erklärt Herr Brauer, dass Herr Roling im Ortstermin darauf hingewiesen habe, dass sich die Verzögerung im Bau des Radweges durch die noch nicht gelieferten Schilder ergeben habe. Sobald diese geliefert werden, könne der Radweg stadtauswärts entsprechend ausgeschildert werden. Herr Brauer regt an, das Thema im Stadtteilbeirat weiter zu diskutieren.

Herr Nagelschmidt weist darauf hin, dass es am Montag eine Online-Sitzung des Stadtteilbeirates gegeben habe, wo weitere Vorgehensweisen in dieser Sache besprochen wurden. Er selbst habe angeregt, den Radweg an der Ostseite rot markiert anzulegen, wobei einzig und alleine ein Piktogramm keinen Effekt haben werde. Er regt an, gleich mit dem Optimum für einen Radweg zu arbeiten, damit man nicht noch ein zweites Mal nachbessern müsse.

3. Einwohnerfragestunde

Dr. Felix Blomberg, Ludgerusring 24, Rheine

Herr Blomberg erklärt, dass er für die Bürgerinitiative „Bürger gegen Straßenausbaubeiträge“ mit ca. 200 Bürgern aus Rheine spreche. Aus ihrer Sicht sei die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nach den §§ 8 und 8a des Kommunalabgabengesetzes des Landes NW sehr umstritten und führe zu beträchtlichen Ungerechtigkeiten. Er weist darauf hin, dass er im Namen der Bürgerinitiative die Anregung nach § 24 GO an den Bürgermeister und an den Rat der Stadt Rheine geschickt habe, wobei die Stellungnahme der Verwaltung bei ihm Fragen aufgeworfen habe. Herr Blomberg fragt, wie hoch die Verwaltung die Verwaltungskostenbelastung bei der Erhebung der Straßenausbaubeiträge in Rheine einschätze. Für die Ermittlung sollen alle Personal- und Sachaufwände, die in diesem Zusammenhang entstehen, in Prozent zu den Beiträgen der Bürger gesetzt werden. Seine zweite Frage beziehe sich auf die Tatsache, dass fast alle Kommunen in den Jahren 2020/21 Straßenausbaumaßnahmen nach dem Kommunalabgabengesetz zurückgestellt haben, da die Rechtslage noch nicht eindeutig sei. Er möchte wissen, welche Fakten die Verwaltung zu der Aussage führe, dass der Betrag von ca. 65 Mio. Euro Landesmitteln auch in Zukunft für alle Anträge der Kommunen ausreichen werde.

Zum Aufwand erklärt Frau Schauer, dass sie weder Stunden noch Gesamtaufwand für die Bearbeitung der Anträge wisse. Sie habe mit den Kollegen gesprochen, dass die Beantragung der Mittel mit einem 3-seitigen Antrag erfolge, was im Vergleich zu anderen Städtebauförderungsmaßnahmen ein geringer Aufwand sei. Sie könne allerdings keinen prozentuellen Satz nennen, der das Verhältnis des Bearbeitungsaufwands zu den Beiträgen der Bürger darstelle. Die Antwort werde sie zum Protokoll nachreichen. Was die Fördermittel in Höhe von 65 Mio. Euro betreffe, gebe es keine Hinweise darauf, dass die vom Land veranschlagten Mittel nicht ausreichend seien.

4. Eingaben - Bürgerinitiative "Bürger gegen STRABS"

Frau Schauer erklärt, dass es eine Eingabe zur Abschaffung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nach §§ 8 und 8 a KAG NRW gebe. Der Antrag sei darauf ausgelegt, dass der Rat der Stadt Rheine eine entsprechende Resolution verfassen soll, in der man die Landesregierung und den Landtag dazu auffordere, die Beitragspflicht abzuschaffen und die Finanzierung des Straßenbaus in den Kommunen durch Steuergelder zuzulassen. Die Stellungnahme zur Eingabe sei im Ratsinformationssystem niedergelegt. Frau Schauer weist darauf hin, dass dies eine politische Entscheidung sei. Der Rat der Stadt Rheine müsse entscheiden, ob er das Thema aufgreife und eine Resolution auf den Weg bringen möchte.

5. Bericht zur Entwicklung des Immobilienmarktes in Rheine - Der Grundstückmarktbericht 2021 Vorlage: 210/21

Frau Groß de Wente stellt den Grundstückmarktbericht für das Jahr 2020 anhand einer Präsentation vor. *(Die Präsentation ist der Niederschrift angefügt)*

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen zum Grundstückmarktbericht 2021 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

6. GSO Südeschule - Gebäude Konradschule Vorlage: 198/21

Frau Kurzinsky stellt die Vorplanung für die Erweiterung der Südeschule für das Gebäude der Konradschule vor.

Herr Schaper erklärt, dass man mit diesem sinnvollen und bedarfsgerechten Entwurf die Konradschule für die Zukunft gut aufstellen werde. Gerade im Hinblick auf das Baugebiet Eschen-dorfer Aue, wo viele junge Familien mit Schulkindern wohnen werden, aber auch generell für den Südraum von Rheine sei dies ein wichtiges Zeichen. Schade findet Herr Schaper, dass die Standardraumgrößen unterschritten werden, wobei man aber auch durchaus sehe, dass die alte

Bausubstanz nicht mehr zulasse. Das geplante Selbstlernzentrum und die anderen Räume seien schon eine gute Entschädigung hierzu, sodass man dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Christian Jansen regt an, dass man für eine Klasse je einen Differenzierungsraum einplanen solle. Er möchte wissen, wie die energetische Ausgestaltung des Gebäudes geplant sei und ob man auch hier in Richtung energetische Selbstversorgung gehe.

Frau Schauer geht davon aus, dass das Thema Differenzierungsraum und Musterraumprogramm schon im Schulausschuss diskutiert und erläutert worden sei. Man arbeite mit dem Musterraumprogramm, das einen Differenzierungsraum für zwei Klassen vorgebe. Sie weist darauf hin, dass, wenn dieser Aspekt im zuständigen Schulausschuss neu diskutiert wird, zur Folge hätte, diese Entscheidung dann für künftige Maßnahmen auch an anderen Schulen angewandt werden müsse. Außerdem würde dies den jetzigen Entwurf massiv verändern. Heute habe man über die Vorplanung zu beschließen, um danach in die Entwurfsplanung einzusteigen. Die Entwurfsplanung werde man im Arbeitskreis Bau/Schule genau diskutieren und auch die energetische Komponente mit ansehen, obwohl diese tatsächlich erst später konkretisiert werden könne.

Frau Kurzinsky erklärt zur energetischen Planung, dass man sicher einiges auf den Weg bringen könne, aber durch den Altbestand und die historischen Fassaden im Handeln eingeschränkt sei. Sie weist darauf hin, dass man außen keine zusätzliche Wärmedämmung anbringen könne. Natürlich werde man im Rahmen der Entwurfsplanung regenerative Energiesysteme mit prüfen und sehen, ob z. B. die vorhandene Heizungsanlage weiterverwendet werde könne.

Frau Reinke erklärt, dass sie die Vorplanung gut finde und ausgeschöpft wurde was möglich sei. Sie möchte allerdings bitten, die Größe des Lehrerzimmers mit 25 qm noch einmal zu überplanen, da dies, wenn auch für eine Dependence einer Schule, sehr klein sei.

Herr Beckmann erklärt, dass die Mitglieder der CDU auf die Entwurfs- und Detailplanung gespannt seien und dem Entwurf so zustimmen werden.

Herr Kleene fragt nach dem Beginn der Maßnahme und möchte wissen, wie diese im Schulbetrieb integriert werden könne.

Frau Kurzinsky antwortet, dass man in diesem Jahr die Entwurfsplanung einschließlich Ausschreibungen abarbeiten werde und dann mit 1,5 Jahren Durchführung der Baumaßnahme rechne. Man werde erst mit den Maßnahmen beginnen, welche schulbetriebsunabhängig durchzuführen seien. Danach werde man im Altbau der Schule und im Wohnbereich die Bauarbeiten durchführen. So werden die unterschiedlichen Höhenbereiche barrierefrei jeweils durch eine Stufenanlage mit daneben liegendem Treppenlift miteinander verbunden.

Herr Jansen weist noch einmal darauf hin, dass ihnen wichtig sei, dass das Gebäude klimaneutral entwickelt werde. Er stellt den Antrag, dies in die Beschlussfassung mit aufzunehmen und in dieser Richtung auch weiter zu planen.

Frau Schauer erklärt, dass bei einer energetischen Sanierung immer automatisch die Klimaschutzmaßnahmen geprüft werde, was auch bei den letzten Umbaumaßnahmen an Grundschulen gemacht wurde. Sie weist darauf hin, dass diese Betrachtungen immer mit einbezogen werden und es keiner ausdrücklichen Auftragsstellung hierfür bedürfe. Auch sei der Klimamanager Herr Wermers immer involviert.

geänderter Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die vorliegende Vorplanung für die Erweiterung der Südeschule, Gebäude Konradschule im Rahmen der Grundschuloffensive zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage dieser Vorplanung *mit dem Ziel der Klimaneutralität* die weiteren Leistungsphasen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Schulen - Einsatz von Lüftungsanlagen Vorlage: 207/21

Frau Kurzinsky erklärt, dass das Thema Lüftungsanlagen in Klassenräumen seit Jahren diskutiert werde. Sie berichtet, dass in der jetzigen Planungsphase der Michael- und Canisiusschule der Einsatz von Lüftungsanlagen untersucht werden soll. Sie fasst kurz die Begründungen aus der Vorlage zusammen. Ihr sei es wichtig, eine grundsätzliche Entscheidung vom Ausschuss zu Lüftungsanlagen in Rheiner Schulen zu bekommen, da Fachingenieure schon seit Jahren darauf hinweisen, dass dies die Zukunft sein werde.

Herr Schaper erklärt, dass schon lange von Forschern darauf hingewiesen wurde, dass aufgrund der steigenden CO²-Konzentration in Klassenräumen ein Luftaustausch dringend notwendig sei. Wichtig sei ihm allerdings, dass die Möglichkeit Fenster zu öffnen weiterhin gegeben sei, wie dies schon an der Euregio Gesamtschule praktiziert werde. Dort seien die Lehrer mit Schlüsseln zum Öffnen der Fenster ausgestattet. Er bittet, diese Möglichkeit auch hierfür zu prüfen.

Herr Beckmann erklärt, dass es schon vor 10 Jahren ein Programm bezüglich Lüftungsanlagen in Schulen gegeben habe. Er kann die Aussage von Herrn Schaper nur bestätigen, dass es in Klassenräumen ein enormes CO²-Problem gebe, wo die Werte in den letzten Schulstunden teilweise über 1000 PPI gehen. Mit den CO²-Ampeln in Klassenräumen habe man durch „Corona“ schon die richtigen Schritte unternommen. Dabei sei die Lüftung in den Wintermonaten aufgrund der kalten Außenluft zu konditionieren. Weiter bittet Herr Beckmann, die Ausstattung der Lüftungsanlagen mit Virenfiltern und Befeuchter zu prüfen, da auch das Robert-Koch-Institut bestätigt habe, dass Aerosole durch Befeuchtung schneller zu Boden sinken.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass man das Maximum für die Kinder herausholen solle. Er weist darauf hin, dass die Beurteilung einer Verringerung der Viren- und Keimbelastung und die Verbesserung des Raumklimas eine Wissenschaft für sich seien. Er würde empfehlen, ein Labor zuzuschalten, das die Phase des Projektes mit biologischen Untersuchungen wie z. B. Abklatschproben begleite und die Wirksamkeit der Maßnahmen dokumentiere. Durch die Begleitung werde man Daten erhalten, die eine korrekte Einschätzung der Situation möglich mache.

Herr Dr. Konietzko bittet, dass die Begleitung durch ein Labor in die Beschlussfassung mit aufgenommen werde.

Herr Christian Jansen erklärt, dass auch er eine wissenschaftliche Begleitung wichtig fände. Weiter weist er darauf hin, dass der Stromverbrauch, gerade im Winter, im Auge behalten werden müsse, wobei es Technologien gebe, die auch eine Lufterwärmung vorsehen. Er bittet, dies in die Konzeption mit aufzunehmen.

Frau Schauer erklärt, dass bei dieser Maßnahme auch der Klimamanager involviert sei. Sie weist darauf hin, dass beide Maßnahmen von verschiedenen Fachplanern durchgeführt werden. Ziel sei es, hierfür einen Standard mit festgelegten Parametern bzw. Leitlinien zu erhalten.

Herr Schomaker schließt sich seinen Vorrednern an. Er möchte wissen, ob es ein Zeitfenster für diese Prüfung gebe. Er hoffe, dass man die gewonnenen Erfahrungen bei weiteren Maßnahmen wie z. B. dem Neubau der Elsa-Brändström-Schule schon mit berücksichtigen könne.

Frau Schauer weist darauf hin, dass man die hieraus entstandenen theoretischen Erkenntnisse umsetzen und auch auf andere Maßnahmen übertragen werde.

Herr Christian Jansen erklärt, dass das hier Besprochene als Ergänzung zur Beschlussfassung gelten solle.

Herr Brauer weist darauf hin, dass die Anmerkungen der Ausschussmitglieder, wie in der Vergangenheit auch, von der Verwaltung mitgenommen werden, ohne dass dies ausdrücklich im Beschluss formuliert werden müsse. Er erklärt, dass die Anmerkungen aus der Niederschrift hervorgehen.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt, dass der Einsatz von Lüftungsanlagen in Klassenräumen exemplarisch an der Michaelschule und an der Canisiusschule untersucht werden soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Verkehrssicherheit für Mesum - Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 08.02.21 Vorlage: 152/21

Herr Christian Jansen erklärt kurz den Antrag der Fraktion.

Frau Schauer erklärt, dass dies Themen der Straßenverkehrsbehörde seien und sie die Anregungen der Diskussion mitnehmen und weiterleiten werde. Weiter weist sie darauf hin, dass die Entscheidung bezüglich einer 20 km/h- oder 30 km/h-Zone keine politische Entscheidung, sondern eine straßenverkehrsbehördliche Entscheidung sei, die mit dem Baulastträger abgestimmt werden müsse.

Frau Achterkamp weist darauf hin, dass sie den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erweitern möchte. Sie erklärt, dass der gesamte Straßenzug von Hohe Heideweg bis zum Kreisverkehr Dechant-Römer-Straße berücksichtigt werde. Auch regt Frau Achterkamp eine Sammelbeschilderung für Unternehmen an, damit die mit Navigationssystem geführten LKWs zielgenauer und effizienter zu den Firmen geführt werden können. Weiter würden sie einen Kreisverkehr in Höhe der Einmündungen der Straßen Hohe Heideweg/Am Flöddert/Lindvennweg anstatt einer Lichtzeichenanlage bevorzugen. Sollte ein Kreisverkehr nicht möglich sein, solle auf jeden Fall eine Lichtzeichenanlage installiert werden.

Herr Christian Jansen erklärt, dass auch sie einen Kreisverkehr bevorzugen. Sollte dies nicht möglich sein, sollen zwei Lichtzeichenanlagen, eine stadtauswärts und die andere ein Stück weiter erstellt werden.

Herr Schröder erklärt, dass die Mitglieder der BfR den Antrag unterstützen werden.

Herr Brauer lässt über den Beschlussvorschlag mit den Ergänzungen von Frau Achterkamp abstimmen.

geänderter Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt, die Verwaltung der Stadt Rheine mit einer Prüfung der Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Februar 2021 zu beauftragen.

Die Verwaltung soll gemeinsam mit dem Kreis Steinfurt überprüfen, ob bzw. welche Optimierungsmöglichkeiten für nachfolgende Punkte umgesetzt werden können:

1. *Einrichtung eines Kreisverkehrs für die K 66 Rheiner Straße in Höhe der Einmündungen zu den Straßen Hohe Heideweg/Am Flöddert/Lindvennweg. Sollte ein Kreisverkehr nicht eingerichtet werden können, sollen 2 einzelne Lichtzeichenanlagen den Verkehr regeln.*
2. *Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h für die K 66 (Rheiner Straße) für den gesamten Straßenzug von Hohe Heideweg bis Kreisverkehr Dechant-Römer-Straße.*
3. *Für die zielgenauere Anfahrt von LKWs zu ortsansässigen Firmen in Mesum soll geprüft werden, ob die Einrichtung einer Sammelbeschilderung möglich ist.*

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Verbesserung und Förderung des Radverkehrs in der Stadt Rheine

Antrag Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 119/21

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

10. Beleuchtung von Radwegen - Antrag Fraktionen CDU, FDP
Vorlage: 120/21

Herr Beckmann bittet vorab, den Radweg von Rheine nach Hauenhorst als Punkt 10 in die Beschlussfassung mit aufzunehmen.

Herr Schaper erklärt, dass sie dem Antrag zustimmen werden. Er bittet auch hier zu prüfen, ob eine bedarfsgerechte Steuerung der Beleuchtung möglich sei.

Herr Christian Jansen erklärt, dass auch sie dem Antrag zustimmen werden. Auch ihnen sei es wichtig, dass es eine bedarfsgerechte Steuerung der Beleuchtung gebe. Allerdings müsse eine Abwägung zwischen Verkehrssicherheit und Lichtemission stattfinden.

Herr Moritzer weist darauf hin, dass die biologische Station Tecklenburg große Probleme bei einer intermittierenden Beleuchtung in Bezug auf Nachtfalter sehe. Die Station weist darauf hin, dass die Beleuchtung in Außenbereichen so gering wie möglich gehalten werden müsse.

geänderter Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung zu prüfen, an welchen der im anliegenden Antrag genannten Strecken *mit der Ergänzung der Fahrradstrecke Rheine-Hauenhorst* eine Beleuchtung benötigt wird, wie viele Leuchten aufgestellt werden müssten sowie mit welchen Kosten zu rechnen ist.

1. Weg zwischen der Freiherr-von-Beust-Straße und der Salinenstraße (am Kindergarten)
2. Fahrradstrecke Mesum - Elte
3. Fahrradstrecke Mesum - Hauenhorst
4. Fahrradstrecke Rheine - Mesum
5. Fahrradstrecke Gellendorf – Elte
6. Unterführung Gertrudenschule
7. Berbmomstiege – Stoverner Straße – Mauseloch (Emslandstadion bis zum Stadion des FCE) - Elsa-Brändström-Weg
8. Fahrradweg am Sentkers Weg
9. Fahrradstrecke Rheine - Neuenkirchen
10. *Fahrradstrecke Rheine - Hauenhorst*

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Errichtung einer Fahrradabstellanlage vor dem Ärztehaus an der Windmühlenstraße; Antrag Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ Vorlage: 211/21

Herr Jansen erklärt, dass es zum Tagesordnungspunkt eine Ergänzung gebe, die von Herrn Nagelschmidt vorgestellt werde.

Herr Nagelschmidt erklärt, dass die bestehende Abstellanlage am Eingang des Ärztehauses aus völlig untauglichen Bügeln bestehe und ständig überbelegt sein werde. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung einen Grünstreifen für die Aufstellung von Bügel vorgesehen habe, nur sei die Schrägaufstellung der Bügel im Kosten-/Nutzenaufwand sehr teuer und somit nicht zu favorisieren. Aus seiner Sicht seien Senkrechtaufsteller besser, da dann doppelt so viele Abstellplätze geschaffen werden könnten. Das Argument, dass dort Bäume im Weg stehen, könne man insofern entkräften, da die 3 Bäume mit einem Stammdurchmesser von 6 bis 8 cm noch einfach einen Meter zurück versetzt werden können. Somit würden Senkrechtaufsteller genügend Platz haben. Weiter könne zu einem späteren Zeitpunkt eine Überdachung ergänzt werden. Herr Nagelschmidt weist auf eine weitere Sandfläche weiter südlich zwischen Geh- und Radweg und

Straßenrand hin. Auch diese Fläche könne z. B. mit 5 Fahrradbügeln bestückt werden. Es sei eine Notwendigkeit dort viele Fahrradbügel unterzubringen.

Herr Roling erklärt, dass man sich die genannten Flächen angesehen habe. Er weist darauf hin, dass die Nutzung des Fahrbahnrandes gerade an einer Hauptverkehrsstraße zu gefährlich sei, weshalb man sich für die vorgestellte Fläche entschieden habe. Weiter weist er darauf hin, dass man viele Varianten geprüft habe und sich dann gegen eine Senkrechtaufstellung entschieden habe. Man habe sich für die Variante entschieden, die viel Grün enthalte und den Baumbestand schützen würde, sodass max. nur 1 Baum versetzt werden müsse.

Frau Schauer erklärt, dass diese Maßnahme zunächst ins Radverkehrskonzept mit aufgenommen werden sollte. Man habe sehr viele Anregungen aus der Bevölkerung, aber auch aus den Fraktionen, erhalten, was zeige, wie wichtig der Radverkehr für Rheine sei. Sie weist darauf hin, dass das Radverkehrskonzept ein lebendiges Konzept bleibe und immer wieder angepasst werden müsse. Frau Schauer erklärt, dass in diesem Rahmen natürlich auch die Prioritäten festgelegt werden müssen. Deshalb habe man den Vorschlag gemacht, dass man Ende des Jahres in einem noch einzurichtenden „Arbeitskreis Radverkehr“ die eingegangenen Vorschläge überprüfe und dann entscheide, welche Maßnahmen dem Bau- und Mobilitätsausschuss zur Aufnahme in das Radverkehrskonzept vorgeschlagen werden sollen.

Herr Brauer lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Möglichkeit, eine zusätzliche Abstellanlage für Fahrräder ohne Witterungsschutz vor dem Ärztehaus im Bereich einer Grünfläche am Gehweg an der Osnabrücker Straße/Windmühlenstraße errichten zu können, zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt die Maßnahme, gebündelt mit den weiteren eingegangenen Anregungen und Maßnahmen des Jahres, dem Bau- und Mobilitätsausschuss zur Aufnahme in das Radverkehrskonzept und die Prioritätenliste vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. „Elektro-Mobilitätsoffensive, Masterplan Elektromobilität“ Antrag Fraktion SPD Vorlage: 153/21

Frau Storm erklärt kurz den Antrag der SPD-Fraktion. Sie weist darauf hin, dass die zurzeit bestehenden E-Ladesäulen im Stadtgebiet eindeutig zu wenig seien. Die Frequentierung der frei zugängigen Ladesäulen sei eindeutig höher als die der Ladesäulen, für die man noch Parkgebühren zahlen müsse. Weiter sollten Ladesäulen bei Projekten wie bei der Wohnungsgesellschaft, der Eschendorfer Aue etc. gleich mit eingeplant werden.

Frau Schauer weist darauf hin, dass es eine Fördermöglichkeit in Bezug auf gewerbliche Elektromobilitätskonzepte mit einer kurzen Antragsfrist bis zum 17.05.2021 gebe, an welcher man für die Antragstellung gemeinsam mit der EWR arbeite. Sie erklärt, dass es in der Gesetzgebung Änderungen gebe, sodass größere Bauvorhaben, auch im privaten Bereich, mit Ladesäulen ausgestattet werden müssen.

Herr Jansen möchte wissen, ob es in Bezug auf die Wasserstoffmobilität Fördermöglichkeiten gebe.

Frau Schauer erklärt, dass sie im engen Kontakt mit der EWR die Themen beobachte, aber es hierfür noch keine spruchreifen Fördermöglichkeiten für Konzepte gebe.

Herr Schomaker erklärt, dass die E-Mobilität nur eine Möglichkeit sei und man den Blick für das Ganze nicht verlieren dürfe. Wichtig sei auch immer die Frage, wo der Strom herkomme, z. B. Strom aus erneuerbaren Energien oder Ökostrom. Klar sollte aber auch sein, dass es nicht nur um die Art des Stromes und dessen Verbrauch gehe, sondern auch um die Herstellung und Entsorgung der Batterien.

Herr Schröder schließt sich den Ausführungen von Herrn Schomaker an. Auch ihnen gehe es um die Prüfung, wie umweltfreundlich E-Mobilität in ihrer Gesamtheit sei. Grundsätzlich können sie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen, möchten aber auf das Für und Wider der Technologie hinweisen.

Herr Jansen weist darauf hin, dass man heute noch nicht wisse, ob sich die E-Mobilität oder am Ende z. B. die Wasserstoffmobilität durchsetze.

Herr Brauer lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung in Kooperation mit der EWR einen Förderantrag für einen „Masterplan Elektromobilität“ mit folgenden Schwerpunktthemen zu stellen und bei Bewilligung auf den Weg zu geben:

1. Ermittlung des Ist-Zustandes zur Elektromobilität
2. Gemeinsame Erstellung eines Masterplans Elektromobilität mit der EWR unter Öffentlichkeitsbeteiligung
3. Überprüfung im Zuge des Masterplans Elektromobilität, ob eine Umsetzung der im Antrag der SPD aufgeführten Maßnahmen möglich ist

Sollte eine Förderung nicht möglich sein, ist der Bau- und Mobilitätsausschuss zu informieren und mit einer Kostenschätzung erneut zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Betrieb von E-Tretrollern in Rheine Vorlage: 121/21

Frau Schauer erklärt, dass zwei Betreiber von E-Tretrollern auf die Verwaltung zugekommen seien, um sich in der Stadt Rheine zu etablieren. Die Verwaltung schlage vor, mit den Betreibern der E-Tretroller einen Kooperationsvertrag abzuschließen, damit man einen Ansprechpartner für Regelungen bekomme, die dann auch eingefordert werden können. Sie weist darauf hin, dass es zum Nutzungsverhalten der E-Tretroller schon Untersuchungen gebe, wobei es natürlich verschiedenste Gründe für deren Nutzung gebe. Man werde alles in Bezug auf die Nahmobilität beobachten und evtl. Probleme in geregelte Bahnen lenken müssen. Frau Schauer erklärt, dass eine Firma 150 E-Tretroller anbieten möchte, wobei sie diese Möglichkeit nur für den internen

Stadtbereich und nicht für die Außengebiete sehe. Weiter könne man z. B. auch vereinbaren, dass in bestimmten Bereichen der Stadt keine E-Roller abgestellt bzw. mit ihnen auch dort nicht gefahren werden dürfe. Somit schlägt die Verwaltung vor, mit den Betreibern eine Kooperationsvereinbarung abzuschließen.

Herr Jansen erklärt, dass dieses Thema in der Fraktion sehr kritisch diskutiert worden sei. Aus anderen Kommunen wisse man, dass die E-Tretroller überall abgestellt werden und auch schon mal auf der Straße liegen. Zum einen wird es durch die Nutzung der E-Tretroller mehr Verkehr geben und zum anderen habe man im Umfeld der Firmen immer wieder prekäre Arbeitsbedingungen beobachten können, da die E-Roller nachts aufgeladen werden müssen. Deshalb bittet er die Regelungen im Kooperationsvertrag so eng wie möglich zu halten.

Herr Schaper erklärt, dass die Notwendigkeit eines Kooperationsvertrages mit in die Beschlussfassung aufgenommen werden solle. Seitens der Mitglieder der SPD werde ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung des Kooperationsvertrages, vor allem im Hinblick auf die No-Parking-Zonen, gefordert. Aufgrund dessen solle der Beschlussvorschlag wie folgt heißen: „Der Bau- und Mobilitätsausschuss stimmt zu, dass zwischen Stadt und Betreibern von E-Rollern ein Kooperationsvertrag zur Nutzung von E-Tretrollern, nach Vorlage des Vertrages und Zustimmung des Bau- und Mobilitätsausschusses, geschlossen wird.“ Herr Schaper erklärt, dass ein Mustervertrag von der Verwaltung aufgestellt und dem Bau- und Mobilitätsausschuss zur Zustimmung vorgelegt werden solle.

Herr Isfort erklärt, dass auch sie die Notwendigkeit von Regelungen seitens der Stadt sehen. Natürlich könne man Vereinbarungen treffen, wo mit E-Tretrollern gefahren und geparkt werden dürfe. Er frage sich allerdings, wie sich das bei privaten Nutzern von E-Rollern darstelle. Er fragt, ob man Schilder aufzustellen werde, die auch privaten Nutzern das Parken oder Durchfahren verbiete werde oder ob nur die Masse der E-Tretroller fern halten werden sollen.

Frau Schauer verweist hierzu auf die Straßenverkehrsordnung und erklärt, dass sie erst einmal keine Schilder anbringen möchte.

Herr Jansen erklärt, dass erst einmal jeder Verkehr, der nicht mit einem Verbrennungsmotor stattfindet, gut sei. Die Umstellung auf ökologische Verkehrsträger werde begrüßt, wobei es hierdurch nicht gleichzeitig weniger Verkehr geben werde. Auch er begrüße ein sauberes Verkehrsnetz, worüber man weitestgehend negative Aspekte ausschließen könne.

Herr Schröder berichtet, dass man sich gefragt habe, ob E-Tretroller eigentlich umweltfreundlich seien. Man habe sich gefragt, was mit E-Tretrollern und Batterien geschehe, wenn diese ausgesondert werden. Er weist darauf hin, dass sich die Mitglieder der BfR mit dem Beschlussvorschlag, in Bezug auf Umweltverträglichkeit, schwer tun.

Herr Beckmann erklärt, dass die Mitglieder der CDU dem Beschlussvorschlag, mit der Intention von Herrn Schaper, zustimmen werden.

Herr Dr. Konietzko bittet darauf zu achten, dass E-Tretroller in der Fußgängerzone Schrittgeschwindigkeit fahren.

Herr Schomaker erklärt, dass sie dem Ganzen kritisch gegenüber stehen, aber dem Beschluss, mit der Erweiterung von Herrn Schaper, zustimmen werden. Auch ihnen sei die Schrittgeschwindigkeit in der Fußgängerzone wichtig.

geänderter Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss stimmt zu, dass zwischen Stadt und Betreibern von E-Rollern ein Kooperationsvertrag zur Nutzung von E-Tretrollern, *nach Vorlage des Vertrages und Zustimmung des Bau- und Mobilitätsausschusses*, geschlossen wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
1 Enthaltung

14. Maßnahmenliste zum Straßen- und Wegekonzept - Abschnitt Straßenbeleuchtung Vorlage: 209/21

Herr Roling erklärt, dass heute die Maßnahmenliste zum Straßen- und Wegekonzept zum Beschluss anstehe. Er erklärt, dass unter Punkt 1 alle Maßnahmen aus der Maßnahmenliste für das Jahr 2021 zusammengefasst seien. Unter Punkt 2 stehen die aufgeführten Projekte mit ihren Herstellungsmerkmalen, wobei die Details für die weitere Bearbeitung und Berechnung der KAG-Beiträge notwendig seien. Bei den Maßnahmen unter Punkt 3 gehe es um die durchzuführende Offenlage, wobei unter Punkt 4 die Maßnahmen stehen, wo Leuchten getauscht werden und die Anlieger hierüber nur informiert werden müssen. Er erklärt, dass hierfür keine Offenlage nötig sei, da die Standorte der Leuchten nicht verändert werden.

Herr Schomaker weist darauf hin, dass sie zu § 8 KAG am 06.12.2020 einen Antrag gestellt haben. Er möchte wissen, inwieweit dieser hier Berücksichtigung gefunden habe bzw. wie weit ihr Antrag schon bearbeitet sei.

Frau Schauer erklärt, dass der Antrag im Juni auf die Tagesordnung kommen werde.

Herr Brauer erklärt, dass dies heute so ausführlich beschlossen werden müsse, da in § 8 a KAG gefordert werde, dass eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden müsse; es sei denn, man stelle fest, dass für die Maßnahme, wie unter Punkt 4, eine schriftliche Information an die Anlieger genüge.

Herr Brauer lässt über den Beschlussvorschlag mit dem Zusatz „einschließlich Ausbaumerkmale“ abstimmen.

geänderter Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt

- 1) gemäß dem Straßen- und Wegekonzept – Abschnitt Straßenbeleuchtung vom 25.03.2021 die anliegende Maßnahmenliste für das Jahr 2021.
- 2) die Verbesserung und Erneuerung der Straßenbeleuchtung für folgende Projekte einschließlich der Ausführungsbeschreibung *und Ausbaumerkmale*:
 - a) Burgsteinfurter Damm von Bürgerstraße bis Juteweberstraße (53014-5746)
 - b) Distelweg (53014-5747)
 - c) Dorfesch (53014-5748)
 - d) Dutumer Kotte und Lürwers Hof (53014-5749/ -5751)
 - e) Kornblumenring (53014-5752)

- f) Löwenzahnring (53014-5753)
- g) Am Bahndamm von Wolfgang-Borchert-Straße bis Winterbrockstraße (53014- 5754)
- h) Am Goldhügel (53014-5755)
- i) Hauptstraße von Kirchstraße bis Ortsende (53014-5756)
- j) Industriestraße von Burgsteinfurter Damm bis Im Niengrund (53014-5757)
- k) Stiegemannstraße (53014-5758)

3) für die Maßnahme unter 2 a Burgsteinfurter Damm von Bürgerstraße bis Juteweberstraße (53014-5746) die Durchführung einer Offenlage in geeigneter Form (Online oder Präsenz in Abhängigkeit von den geltenden Vorgaben).

4) für die Maßnahmen unter 2 b bis k eine schriftliche Information an die Anlieger über die vorgesehenen Arbeiten zu versenden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Qualitätsstandards Fahrradstraßen;
Kopernikusstraße - Ausbau zu einer Fahrradstraße
Vorlage: 186/21**

Frau Schauer erklärt, dass dies heute ein wichtiger Punkt aus dem Radverkehrskonzept sei, wo es um die Qualitätsstandards für Fahrradstraßen gehe und man ein einheitliches Erscheinungsbild für Fahrradstraßen anstrebe. Wichtig sei, dass Pkw-Fahrer wie auch Radfahrer gleich erkennen können, dass sie eine Fahrradstraße befahren. Sie weist darauf hin, dass dieser Beschluss ein Vorbild für weitere Fahrradstraßen in Rheine werden solle.

Herr Roling erläutert die Ausbaustandards für die künftigen Fahrradstraßen und weist darauf hin, dass die Kopernikusstraße als Ausgangspunkt ausgewählt worden sei, an der man die Qualitätsstandards für Fahrradstraßen festlegen möchte.

Herr Christian Jansen begrüßt die Qualitätsstandards für Fahrradstraßen. Er erklärt, dass sich die Mitglieder auf Tempo 20 km/h auf Fahrradstraßen ausgesprochen haben und anregen, das Verkehrszeichen 277.1 anzuwenden. Dieses Verkehrszeichen verbietet das Überholen von Zweirädern. Er bittet dies in die Qualitätsstandards mit aufzunehmen.

Herr Nagelschmidt freue sich, dass der Einstieg in das Thema Fahrradstraßen mit der Kopernikusstraße beginne. Er regt an, mindestens eine Fahrradstraße im Jahr herzustellen und das System so zu erweitern, dass man kreuz und quer auf Fahrradstraßen durch Rheine fahren könne. Zur Kopernikusstraße weist er auf die vor dem Kopernikus-Gymnasium installierte halbkreisförmige Insel hin und bittet sie zu entfernen, da dies aus seiner Sicht eine große Gefahrenquelle sei.

Herr Isfort bittet zu prüfen, ob auch Straßen unter 4 Meter Breite als Fahrradstraßen gelten können. Weiter möchte er wissen, ob Fahrradstraßen auch als Einbahnstraßen geführt werden können.

Frau Schauer erklärt, dass sie die Fragen mitnehmen werde.

Zum Ausbau der Kopernikusstraße sieht Herr Schürmann ein Problem im Bereich Kopernikusstraße/Bevergerner Straße, da dort die Vorfahrtsregelung geändert werden solle. Im Moment

haben die Schüler auf der Kopernikusstraße noch Vorfahrt. Er glaube, dass es Probleme mit der Vorfahrtsregelung geben werde.

Herr Roling erklärt, dass dies eine Zwischenlösung sei, bis dann auch die Bevergerner Straße eine Fahrradstraße geworden sei. Man könne sich dies im Rahmen der Offenlage noch einmal ansehen und nehme die Anregung hierfür mit. Die weiteren Prüfaufträge werde er für die Straßenverkehrsbehörde mitnehmen.

Herr Jansen bittet das Tempo 20 km/h und das Überholverbot von Fahrrädern mit in die Beschlussfassung aufzunehmen.

Frau Schauer erklärt, dass dies als Prüfauftrag mitgenommen werden könne, allerdings nicht in die Beschlussfassung mit eingearbeitet werden könne.

geänderter Beschluss:

1. Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die *vorliegenden* Qualitätsstandards zum Ausbau von Fahrradstraßen.
2. Der Bauausschuss nimmt den Ausbauentwurf der Kopernikusstraße zur Kenntnis und beschließt dessen Offenlage *in der genannten Fassung* in den Diensträumen des Fachbereichs Planen und Bauen - Mobilitäts- und Verkehrsplanung im neuen Rathaus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Anfragen und Anregungen

Herr Schaper erklärt, dass das Krautwald-Denkmal „**Der Bote Veit**“ in die Jahre gekommen sei und dringend einer Reinigung und Aufarbeitung bedürfe.

Herr Dr. Vennekötter nimmt den Auftrag mit und werde prüfen, ob die TBR dies übernehmen können.

Herr Schomaker möchte wissen, ob der geplante **Kreisverkehr Lingener Straße/Walshagenstraße** fertig sei, wenn das Gebiet Kümpers/Kuba bebaut werde.

Weiter möchte Herr Schomaker auf ein Förderprogramm hinweisen, welches sich auf die digitale Infrastruktur von Radwegen und Fahrradstraßen beziehe und mit 657 Mio. Euro veranschlagt sei. Er fragt, ob dies Förderprogramm bekannt sei. Zum Kommunalen Mobilitätskonzept erklärt Herr Schomaker, dass in Feld 3 nur 3 Punkte enthalten seien. Er bittet das Feld 3 um den Passus „Menschen mit eingeschränkter Mobilität“ zu ergänzen.

Zum Thema Kreisverkehr Lingener Straße/Walshagenstraße und Thematik Kuba/Kümpers erklärt Frau Schauer, dass es keinen konkreten Zeitplan gebe. Im Moment werde die Planung auf den Weg gebracht, wobei man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht wisse, was sich daraus ergebe. Zum Förderprogramm erklärt Frau Schauer, dass man informativ sehr gut aufgestellt sei und dieses Programm kenne. Man habe schon Maßnahmen hierfür in Betracht gezogen. Zum Modularen Kommunalen Mobilitätsmanagement-System erklärt Frau Schauer, dass dies ein System sei, welches um einzelne Module ergänzt werden und somit flexibel wachsen könne. Bezüglich

der Anregung für mobilitätseingeschränkte Menschen könne man überlegen, dies als Einzelthema für alle Felder zu sehen oder dieses bei den anderen Modulen mit zu betrachten. Dies sei eine Frage der Zuordnung.

Herr **Schröder** erklärt, dass durch die Verengung der Fahrbahn im Bereich der Lindenstraße Schwierigkeiten kommen werden, wenn die Tichelkampstraße wieder befahrbar sei. Die Parksituation in dem Bereich sei sehr prekär, wobei keine zwei Pkws hintereinander parken können. Dies werde den Verkehrsfluss massiv behindern. Weiter erklärt Herr Schröder, dass er um 9:00 Uhr im Bereich des Michael-Kindergartens an der Bühnertstraße 16 geparkte Pkws gezählt habe. Er bittet dies mit der Straßenverkehrsbehörde zu erörtern, da dort Busse fahren, die dadurch massive Schwierigkeiten haben ihre Fahrpläne einzuhalten.

Ende der Sitzung:

20:10 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin